



Kurzinformation

Nationale Strategie gegen den Klimawandel

Deutschland hat sich als Klimaziel für 2020 gesetzt, seine Treibhausgasemissionen um 40% gegenüber 1990 zu reduzieren. Um dieses Ziel (noch) zu erreichen, wurde 2014 von der Bundesregierung das Maßnahmenpaket „**Aktionsprogramm Klimaschutz 2020**“ verabschiedet, das auch die jährliche Berichterstattung in Klimaschutzberichten vorsieht.

Als Klimaschutzlangfriststrategie wurde im November 2016 der „**Klimaschutzplan 2050**“ beschlossen, mit dem Deutschland zum Erreichen der Ziele des Pariser Klimaschutzübereinkommens beitragen will. Darin wird festgehalten, dass Deutschland anstrebt, bis 2050 weitgehend treibhausgasneutral zu werden (Senkung der Treibhausgasemissionen um 80% bis 95% gegenüber dem Niveau von 1990). Bis 2030 sollen die Treibhausgasemissionen in Deutschland zunächst um mindestens 55% gegenüber 1990 gesenkt werden; dafür legt der Plan erstmals auch konkrete Emissionsminderungsziele für einzelne Sektoren fest: Energiewirtschaft minus 61% bis 62%, Industrie minus 51% bis 49%, Gebäude minus 67% bis 66%, Verkehr minus 42% bis 40%, Landwirtschaft minus 34% bis 31%. Das erste darauf abstellende quantifizierte Maßnahmenprogramm zum Klimaschutzplan soll Ende 2018 vorgelegt werden und Maßnahmen umfassen, die das Erreichen des Ziels bis zum Jahre 2030 sicherstellen. Im Rahmen des „Klimaschutzplans 2050“ ist auch eine künftige Prüfung zur schrittweisen Weiterentwicklung des Steuer- und Abgabensystems zur Erreichung der Klimaschutzziele angelegt.

Die neue seit März 2018 im Amt befindliche Bundesregierung hat sich in ihrem **Koalitionsvertrag** zu den vereinbarten Klimazielen 2020, 2030 und 2050 ausdrücklich bekannt und will diese (wahrscheinlich 2019) rechtlich verbindlich in einem Klimaschutzgesetz verabschieden. Zudem plant sie Ergänzungen vorzunehmen, um die Handlungslücke zur Erreichung des Klimaziels 2020 „so schnell wie möglich zu schließen“. Außerdem soll eine **Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“** unter Einbeziehung der unterschiedlichen Akteure aus Politik, Wirtschaft, Umweltverbänden, Gewerkschaften, betroffenen Bundesländern und Regionen eingesetzt werden, die neben weiteren Klimaschutzmaßnahmen auch einen „Plan zur schrittweisen Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung“ erarbeiten soll.

Vgl. Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation, Building and Nuclear Safety (BMUB) (2016). Climate Action Plan 2050 Principles and goals of the German government's climate policy: https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Broschueren/klimaschutzplan_2050_en_bf.pdf